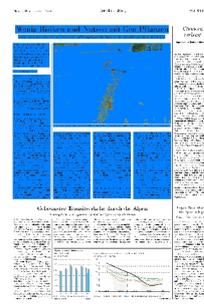


Datum: 29.08.2012

Neue Zürcher Zeitung



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 122'803
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 541.3
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 13
Fläche: 54'639 mm²

Wenig Risiken und Nutzen mit Gen-Pflanzen

*Nach Abschluss eines grossen Gentech-Forschungsprogramms
beginnt die Moratoriumsdebatte von neuem*



In Freisetzungsversuchen wurden Nutzen und Risiken von Gentech-Weizen untersucht wie hier in Changins.

DOMINIC FAVRE / KEYSTONE



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 122'803
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 541.3
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 13
Fläche: 54'639 mm²

Gentech und konventionelle Landwirtschaft können nebeneinander betrieben werden. Dies ist das Resultat eines nationalen Forschungsprogramms. Noch fehlen aber eine rechtliche Regelung und für den Anbau geeignete Gentech-Pflanzen.

Markus Hofmann, Bern

Bei gentechnisch veränderten Pflanzen seien keine spezifischen Risiken für Umwelt und Gesundheit von Mensch und Tier festgestellt worden. So brachte der Berner Professor Dirk Dobbelaere am Dienstag vor den Medien das Resultat des nationalen Forschungsprogramms 59 (NFP 59) zu Nutzen und Risiken von gentechnisch veränderten Pflanzen auf den Punkt. Dobbelaere, Präsident der Leitungsgruppe des NFP 59, stellte den Schlussbericht der insgesamt 30 Forschungsprojekte vor, die zwischen 2007 und 2011 durchgeführt worden waren.

Ewiges Moratorium unzulässig

Nachdem sich Volk und Stände im Jahr 2005 für ein fünfjähriges Moratorium für den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ausgesprochen hatten, lancierte der Bundesrat das Forschungsprogramm und stattete es mit einem Budget von 12 Millionen Franken aus. Es umfasste auch Freisetzungsversuche, die in die Schlagzeilen gerieten, nachdem sie mutwillig von Demonstranten beschädigt worden waren. Als absehbar wurde, dass die Forschungsergebnisse bis zum Ende des Moratoriums nicht vorliegen würden, wurde dieses um drei Jahre bis zum 27. November 2013 verlängert. Nun liegt bereits der nächste Vorstoss für ein weiteres befristetes Gentech-Verbot auf dem Tisch. Markus Ritter, St. Galler CVP-Nationalrat und Kandidat für das Präsidium des Schwei-

zerischen Bauernverbandes, beantragt mit einer Motion, das Moratorium für weitere vier Jahre bis Ende 2017 auszusprechen. Der Bundesrat unterstützt dieses Anliegen.

Begründet wird die nochmalige Erstreckung mit gesetzgeberischen Arbeiten an einer Ordnung der Koexistenz von Gentech- und Nicht-Gentech-Landwirtschaft. Zwar sollen entsprechende Gesetzesänderungen und eine neue Koexistenzverordnung in den kommenden Monaten in die Vernehmlassung geschickt werden. Doch der parlamentarische Prozess wird Jahre dauern, weshalb es die Regierung als akzeptabel erachtet, weiterhin Anwendungsverbote im Bereich der «grünen Gentechnologie» zu verordnen. Gleichzeitig hofft man, Resultate des NFP 59 in die Gesetzgebung einfließen lassen zu können.

Ein Forschungsprojekt beschäftigte sich mit den Rechtsfragen rund um den Einsatz von Gentech-Pflanzen. Es kam zum Schluss, dass in der Tat eine «konsistente, längerfristig gültige rechtliche Ordnung des Nebeneinanders verschiedener Produktionsformen» fehle. Eine Verlängerung des Moratoriums erscheine unter diesem Aspekt als zulässig. Nicht mit der geltenden Bundesverfassung vereinbar wäre aber ein «langfristiges» Moratorium, sagte der St. Galler Rechtsprofessor Rainer Schweizer.

Neben rechtlichen Fragen interessiert Bauern und Konsumenten vor allem die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, falls gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut würden. Die Frage kann nicht pauschal beantwortet werden, da sie abhängig ist von der jeweiligen Kulturpflanze. Grundsätzlich sei der wirtschaftliche Zusatznutzen von gentechnisch veränderten Pflanzen für die Schweizer Landwirtschaft heute noch gering, sagte Thomas Bernauer, Professor an der ETH Zürich und Delegierter des Nationalen Forschungsrates

des Schweizerischen Nationalfonds. Allerdings rät er, die «statische Sicht» zu verlassen; denn in Zukunft könnten gentechnisch veränderte Pflanzen auf den Markt kommen, die sich wirtschaftlich durchaus lohnen könnten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollten sich nicht am Nutzen der heutigen im Ausland angebauten gentechnisch veränderten Pflanzen orientieren, sondern «am Potenzial künftiger Pflanzen zur Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft», empfiehlt das NFP 59.

Vorteile nicht aufs Spiel setzen

Dieser Befund ist eine Steilvorlage für den Schweizerischen Bauernverband, der das Moratorium und dessen Verlängerung immer befürwortet hat. Wegen der fehlenden Wirtschaftlichkeit sehe der Bauernverband zurzeit keinen Anlass, «das Anbaumoratorium zu lockern und die «gentechfreie» Schweiz als Marketingvorteil aufs Spiel zu setzen», teilt er mit. Im Rahmen der Agrarpolitik 2014-17, die im September im Nationalrat beraten wird, solle daher das Moratorium für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bis 2017 verlängert werden. Die Forschung sei davon ja nicht betroffen.

Die Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG), die massgeblich das Gentech-Moratorium in der Schweiz befördert hatte, kritisiert in einer Stellungnahme die «tendenziösen» Zusammenfassungen und Empfehlungen im Schlussbericht des NFP 59. «Aussagen zur Entlastung von Risiken werden zugespitzt», schreibt die SAG. Und die «insgesamt ernüchternden Ergebnisse zum wirtschaftlichen Nutzen für die Schweizer Landwirtschaft» würden «mit spekulativen Zukunftserwartungen geschönt».



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 122'803
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 541.3
Abo-Nr.: 1008268
Seite: 13
Fläche: 12'838 mm²

Chancen verbaut

Unproduktive Gentech-Moratorien

Markus Hofmann · Aus 10 wird 5, dann 8 und demnächst 12. Dies ist kein mathematisches Rätsel, sondern die Kurzfassung der Schweizer Gentech-Politik. Vor vielen Jahren, bei der Beratung der Gentechnik-Gesetzgebung, diskutierten Politiker über die Einführung eines zehnjährigen Moratoriums für die kommerziellen Nutzungen von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Landwirtschaft. Diese Idee fand im Parlament keine Mehrheit. Dafür war 2005 eine Volksinitiative erfolgreich, die ein fünfjähriges Anbauverbot forderte.

Doch das Moratorium wird acht Jahre dauern, denn inzwischen ist es um drei Jahre verlängert worden. Und vieles spricht dafür, dass bald nochmals vier Jahre angehängt werden. Auf diese Weise verwandelt sich ein von Volk und Ständen gutgeheissenes, auf fünf Jahre befristetes Verbot in ein zwölfjähriges Moratorium. Die Rechnung der Gentechnik-Gegner ist, so muss man neidlos eingestehen, vollumfänglich aufgegangen: Die Schweiz ist «gentechfrei».

Wenig deutet darauf hin, dass sich daran auf absehbare Zeit etwas ändern wird. Auch das soeben zu Ende gebrachte Nationale Forschungspro-

gramm 59, das für 12 Millionen Franken Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen untersuchte, wird die gentechkritische Stimmung in der Politik nicht massgeblich beeinflussen. Die Forscher schreiben es im Schlussbericht selbst: «Der Diskurs zwischen den unterschiedlichen Lagern ist momentan weitgehend erschöpft.» Die Positionen sind bezogen – und zwar nicht nur in den Verbänden, sondern bis hinauf in die Regierung.

So unterstützt der freisinnige Volkswirtschafts- und Agrarminister Johann Schneider-Ammann die «Qualitätsstrategie der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft». Darin steht: «Die Landwirtschaft verzichtet zur Nutzung von Marktchancen auf die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen.» Damit ist alles gesagt: Gentechnik kommt dem Schweizer Bauer nicht aufs Feld. Eine Verlängerung des Moratoriums ist unter diesen Vorzeichen eigentlich überflüssig. Doch Technologieverbote geniessen zurzeit viel Zuspruch. Dass man sich damit Chancen für die Zukunft verbaut, will kaum mehr jemand hören.